

18.42

**Abgeordnete Dipl.-Ing. Karin Doppelbauer** (NEOS): Frau Präsidentin! Frau Bundesminister! Herr Bundesminister! Ich möchte auch zum Gasdiversifizierungsgesetz sprechen. Es ist natürlich richtig, dass man die Bezugsquellen breiter aufstellen muss. Was mir in der Diskussion aber abgeht, ist die Basis dafür. Ich glaube, Sie lassen hier einen ganz, ganz wichtigen Schritt aus, nämlich: Es ist ja nicht so, dass die Unternehmen nicht russisches Gas nicht kaufen möchten. Die ganz große Frage, die noch nicht beantwortet ist, ist: Wie kriegen wir das nicht russische Gas physisch nach Österreich? Haben wir ausreichende Flusskapazitäten in den Pipelines gebucht? Ich bin da wieder bei meiner Frage: Sind die Kapazitäten gebucht? Gibt es ausreichend Kapazitäten in den LNG-Terminals? Was macht die OMV in diesem Zusammenhang? Ist die Lieferung von diesen Terminals im Augenblick physisch – weil teilweise auch die Flussrichtung geändert werden muss – überhaupt möglich?

Das sind einfach Dinge, über die Sie immer so drüberwischen und sagen: Wir brauchen jetzt einfach einmal Geld, damit die Unternehmen sozusagen einkaufen gehen können! – Ja, das braucht es auch, aber wichtig ist, die Basis dafür zu schaffen. *(Zwischenruf des Abg. Jakob Schwarz.)* Das Geld – es steht zumindest in Ihrem Antrag, dass Sie das wollen – ist dafür, dass die Unternehmer nicht russisches Gas kaufen können. Die Basis dafür, dass sie es nach Österreich bringen können, fehlt. *(Beifall bei den NEOS und bei Abgeordneten der FPÖ.)*

Ich sage es noch einmal, meine Damen und Herren: Die OMV hat da vollkommen versagt. Sie hat sich nicht bewegt, sie hat keinen Schritt gemacht. Ich glaube auch nicht, dass sich die Bundesregierung da wirklich mit Ruhm bekleckert hat, denn auch da ist es aus meiner Sicht so, dass die OMV schlicht und einfach sagt: Wir tun da nichts! – Warum sollte sie auch? Ich glaube, das muss man den Menschen erklären: Die OMV als Unternehmen hat überhaupt kein Need, zum Beispiel das Gas von einem Gasfeld in Norwegen, das zumindest zu einem Teil der OMV gehört, nach Österreich zu bekommen. Warum nicht? – Die haben Take-or-Pay-Verträge mit Russland, das heißt, sie müssen das russische Gas bezahlen. Das ist in den Verträgen drinnen, und das geht noch 40 Jahre lang so. Daraus folgt, dass das Unternehmen an sich einfach überhaupt keinen Anreiz hat, dieses nicht russische Gas nach Österreich zu bekommen. Das ist einfach einer der Kernpunkte, die gelöst werden müssen. Es braucht schlicht und einfach Transparenz, damit man weiß, welches nicht russische Gas jetzt eben nach Österreich kommt. Das ist die ganze Geschichte, die wir seit Wochen einfordern, damit wir wissen: wie kriegen wir das Gas nach Österreich?, gibt es Leitungskapazitäten von der OMV, die gebucht sind?, und, und, und. Da sage ich:

Das ist die Basis, aber diese Arbeit hat die Bundesregierung bis jetzt einfach nicht gemacht.

Der andere Punkt, der jetzt auch immer mehr aufkommt – und auch darüber reden wir in diesem Haus gar nicht –, ist: Selbst wenn es ein Unternehmen schafft, am internationalen Markt Gas einzukaufen – und einige haben uns das in letzter Zeit berichtet –, ist es immer noch so, dass das ja auch eingespeichert werden muss. Das heißt, es braucht Speicherplatz. Und auch da ist der österreichische Markt vollkommen intransparent und im Augenblick ehrlich gesagt von Freunderlwirtschaft und Spekulation durchzogen. So werden gewisse Unternehmen bevorzugt, die dürfen einspeichern, andere werden monatelang – und das sind keine kleinen Unternehmen, meine Damen und Herren – vertröstet, bis man ihnen sagt: Na ja, jetzt gäbe es eventuell doch etwas!, bis hin zu: Probieren Sie es im September noch einmal! (*Beifall der Abgeordneten Shetty und Rauch.*)

Spekulant\*innen kaufen gerade im ganz, ganz großen Stil Speicherkapazitäten, um sie später gewinnbringend weiterzuverkaufen. Es herrscht zu diesem Thema vollkommene Intransparenz am österreichischen Markt, und auch das gehört angegangen.

Die Bundesregierung wirkt da ehrlich gesagt einfach wirklich ahnungslos oder überfordert und will es nicht angreifen. Ich weiß es nicht, aber so geht halt Krisenmanagement gar nicht, meine Damen und Herren, und deswegen möchte ich noch folgenden Entschließungsantrag einbringen:

### **Entschließungsantrag**

der Abgeordneten Dipl.-Ing. Karin Doppelbauer, Kolleginnen und Kollegen betreffend  
„Transparente und wirksame Nutzung von Gasspeicherplatz sicherstellen“

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, wird aufgefordert, dem Nationalrat umgehend einen Gesetzesentwurf vorzulegen, der die Transparenz bei der Vergabe von Speicherplatz in Gasspeichern auf österreichischem Territorium erhöht und Maßnahmen setzt um der tatsächlichen physischen Einspeicherung von Erdgas durch Unternehmen und EVUs gegenüber der Spekulation mit Speicherplatz Vorrang gibt.“

\*\*\*\*\*

Ich habe es heute schon einmal gesagt: Es braucht im Augenblick weniger politische Kommunikation, es braucht ganz, ganz straffes Krisenmanagement. – Vielen Dank.  
(Beifall bei den NEOS und bei Abgeordneten der FPÖ.)

18.47

Der Antrag hat folgenden Gesamtwortlaut:

### **Entschließungsantrag**

*der Abgeordneten Dipl.-Ing. Karin Doppelbauer, Kolleginnen und Kollegen  
betreffend Transparente und wirksame Nutzung von Gasspeicherplatz sicherstellen  
eingebracht im Zuge der Debatte in der 167. Sitzung des Nationalrats über den Bericht  
des Budgetausschusses über den Antrag 2679/A der Abgeordneten Gabriel  
Obernosterer, Mag. Dr. Jakob Schwarz, BA, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein  
Bundesgesetz, mit dem das Gasdiversifizierungsgesetz 2022 geändert wird (1594 d.B.)  
- TOP 22*

*Spätestens seit Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine und der damit  
einhergehenden Sorge um einen plötzlichen Lieferstopp ist das politische,  
gesellschaftliche und wirtschaftliche Bewusstsein für die äußerst prekäre  
Versorgungslage und die über Jahrzehnte, durch energiepolitisches Versagen  
herbeigeführte nahezu gänzliche Abhängigkeit von Russland stark gestiegen. Diese  
Verwundbarkeit wurde im Juni 2022 wieder eindrucksvoll illustriert, als Gazprom die  
Lieferungen nach Europa eingeschränkt hatte. Obwohl das russische  
Staatsunternehmen behauptet, dass dies aufgrund von Wartungsarbeiten geschehe,  
gehen Expert\_innen davon aus, dass es primär um das Verursachen von  
Marktverunsicherung und Hochtreiben von Preisen geht.*

*Derzeit sind die auf österreichischem Territorium befindlichen Gasspeicher mit etwa  
40% gefüllt, und aufgrund der äußerst angespannten aktuellen Situation ist es für die  
Versorgungssicherheit im Winter von entscheidender Bedeutung so bald wie möglich  
hohe Speicherfüllstände in den sich auf österreichischem Territorium befindlichen  
Speichern zu erreichen. Hierfür werden nicht nur EVUs sondern auch Unternehmen  
ermutigt, auf dem Markt tätig zu werden und möglichst viel Gas einzuspeichern.*

*Allerdings berichten Expert\_innen und betroffene Unternehmen in der Praxis von mas-  
siven Problemen: Die Vergabe von Speicherplatz passiere höchst undurchsichtig und*

*nach unklaren Kriterien. Wie auch aus mehreren Medienberichten zu entnehmen war, betrifft dies auch Kunden aus dem Ausland, wobei noch völlig unklar ist unter welchen Umständen in einem Energielenkungsfall auf dieses Gas zugegriffen werden kann. Zusätzlich wird vonseiten mehrerer Brancheninsidern berichtet, dass Speicherplatz von verschiedenen Akteuren (etwa Finanzdienstleistern oder Brokern) aufgekauft wird, ohne Absicht diesen jemals zu befüllen sondern ausschließlich mit dem Zweck diesen dann - bei größerer Dringlichkeit gewinnbringend zu verkaufen.*

*Das BMK hat Zugriff auf entsprechende Daten welche dem Umweltbundesamt vorliegen, zeigt aber keinerlei Interesse die Öffentlichkeit oder Wirtschaft diesbezüglich zu informieren, die Transparenz bei der Vergabe von Speicherplatz zu erhöhen und diesbezügliche Spekulation einzudämmen.*

*Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden*

#### *Entschließungsantrag*

*Der Nationalrat wolle beschließen:*

*"Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, wird aufgefordert, dem Nationalrat umgehend einen Gesetzesentwurf vorzulegen, der die Transparenz bei der Vergabe von Speicherplatz in Gasspeichern auf österreichischem Territorium erhöht und Maßnahmen setzt um der tatsächlichen physischen Einspeicherung von Erdgas durch Unternehmen und EVUs gegenüber der Spekulation mit Speicherplatz Vorrang gibt."*

\*\*\*\*\*

**Präsidentin Doris Bures:** Der Entschließungsantrag ist ordnungsgemäß eingebracht und steht ebenfalls mit in Verhandlung.

Nun hat sich Frau Bundesministerin Gewessler zu Wort gemeldet. – Bitte, Frau Ministerin.